

Michael Görtler

Flucht und Asyl als Herausforderung für Gesellschaft und Politik — didaktische Überlegungen zum politischen Lernen

Hinführung

Migration — egal ob freiwillig oder unfreiwillig — stellt nach wie vor eine zentrale Herausforderung für Europa und die Europäische Union als gesellschaftlichen und politischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts dar. In zahlreichen Mitgliedsstaaten, aktuell auch in der Bundesrepublik Deutschland, werden hitzige Debatten um Flucht und Asyl geführt, wobei sich eine tiefe Kluft zwischen Befürwortern und Gegnern einer weichen bzw. harten politischen Linie in dieser Angelegenheit auf tut. Neben der Flüchtlings-, Asyl- und Einwanderungspolitik, die von den Regierungen gestaltet wird, fallen die politischen Stimmungen in der Öffentlichkeit ins Gewicht, wie ein Blick auf die mediale Darstellung deutlich macht. In Deutschland wird die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Öffentlichkeit nicht selten als ungerechtfertigte Gleich- oder Besserstellung von Ausländern wahrgenommen, beispielsweise in Form finanzieller Zuwendungen, die in den Augen vieler Bürger mit Blick auf gering verdienende oder armutsgefährdete Bevölkerungsgruppen wie Auszubildende und Studierende, Alleinerziehende oder ältere Menschen zu hoch ausfallen — wohlbekannte Schlagwörter in diesem Zusammenhang sind: Wirtschaftsflüchtling oder Sozialschmarotzer. Hinzu kommt die Befürchtung, dass sich die Aufnahme von Ausländern negativ auf die — vermeintlich — hohe Arbeitslosigkeit und niedrigen Sozialleistungen auswirkt. In diesem Kontext spielen nun zwei Aspekte eine wichtige Rolle: Erstens stimmen viele der Befürchtungen nicht mit der Realität überein, zweitens geraten die Rechtsgrundlagen oftmals in Vergessenheit, wenn die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden als mehr oder weniger willkürlicher, gesellschafts- und staatsgefährdender Akt dargestellt wird, welcher dem Aufnahmeland erst einmal nur Probleme bereitet und keinerlei Chancen mit sich bringt.

Der folgende Beitrag befasst sich mit Flucht und Asyl als gesellschaftlicher und politischer Herausforderung aus didaktischer und methodischer Sicht und stellt Überlegungen zum politischen Lernen an. Als Ausgangspunkt dienen vier sog. Stammtischparolen, die medial transportiert und exemplarisch als Thesen vom Autor des vorliegenden Beitrags formuliert werden. Diese und ähnliche bzw. daran anschließende Einwände können dann von den Lernenden in Einzel-, Partner- und Gruppenarbeit analysiert und diskutiert werden. In diesem Rahmen müssen die Lernenden Argumente gegeneinander abwägen, neue Perspektiven einnehmen, ein Urteil fällen und nach außen hin vertreten, wobei die Kontroversität des Gegenstands sichtbar wird. Folglich werden auf diesem Weg

das politische Lernen, die politisch-moralische Urteilsbildung und die politische Handlungsfähigkeit gefördert. Als methodischer Zugang bietet sich eine Mischung aus Fallanalyse und Pro- und Contra-Debatte an, weil die Schülerinnen und Schüler erst den Gegenstand recherchieren müssen, bevor sie ihre Standpunkte dazu austauschen können.

Exemplarische Thesen zu Flucht und Asyl

— *“Deutschland wird von Flüchtlingen überrollt.”*

Eine weit verbreitete Annahme besteht darin, dass Deutschland im Vergleich zu anderen Ländern ganz besonders von der Zuwanderung betroffen ist. Dies stimmt jedoch nicht mit den vorliegenden Zahlen überein (vgl. Pro Asyl 2014). Laut UNHCR sind weltweit mehr als 60 Mio. Menschen auf der Flucht. Ein Großteil davon sind Binnenflüchtlinge (über 38 Mio.), die sich innerhalb ihres Herkunftslandes bewegen, oder solche, die in Nachbarländer geflohen sind, sich aber nach wie vor in der Nähe der Krisenregion befinden und Flucht. Ein Großteil davon sind Binnenflüchtlinge (über 38 Mio.), die sich innerhalb ihres Herkunftslandes bewegen, oder solche, die in Nachbarländer geflohen sind, sich aber nach wie vor in der Nähe der Krisenregion befinden und von dort aus unterschiedlichsten Gründen nicht ausreisen können. Dabei wiegt der Umstand schwer, dass sich mit Abstand die meisten Flüchtlinge nicht in den wohlhabenden Industriestaaten aufhalten, sondern in Entwicklungsländern, gescheiterten Staaten oder autoritären Regimen (über 86 Prozent); als Beispiele lassen sich die Nachbarländer um Syrien herum (z. B. der Libanon), Afghanistan (z. B. Iran oder Pakistan) oder Somalia (z. B. Kenia) anführen. Im Vergleich dazu ist die Zahl an Flüchtlingen und Asylsuchenden, die nach Europa kommen bzw. sich dort aufhalten, gering. Blickt man auf das Verhältnis der gestellten und abgelehnten Asylanträge pro Jahr und im Zeitverlauf, zeigt sich, dass nur ein Bruchteil der Migranten tatsächlich in Europa bleiben kann. Setzt man schließlich die Situation von Deutschland ins Verhältnis zu anderen europäischen Staaten, wird klar, dass in der Tat mehr Asylanträge gestellt werden als in anderen Ländern, in Relation zur Bevölkerungsgröße aber weniger — so nimmt aktuell in Schweden oder Ungarn die Anzahl der Asylanträge stark zu (vgl. Eurostat 2015).

Ein anderer Aspekt betrifft die Unterbringungssituation. In diesem Zusammenhang wird häufig vorgebracht, dass Deutschland, die Bundesländer oder Kommunen auf die Flüchtlingswelle überhaupt nicht vorbereitet wären. Es darf jedoch auch nicht vergessen werden, dass sich Deutschland

in seiner Vergangenheit bereits mit einem hohen Flüchtlingsaufkommen auseinandersetzen musste (z. B. Jugoslawienkriege und Zusammenbruch des ehemaligen Jugoslawien in den 1990er Jahren) und dass die Probleme bei der Unterbringung nicht zuletzt auch mit Fehlkalkulationen sowie der zaghaften Bereitstellung von Geld- und Sachmitteln, aber auch personellen Kräften zu tun haben. Auf EU-Ebene ist die Herausforderung schon seit mehreren Jahren Gegenstand von Richtlinien und Verordnungen (z. B. Dublin I-III), wobei die Mitgliedsstaaten unterschiedliche Positionen mit Blick auf die Realisierung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems vertreten (vgl. EU 2014).

Zusammenfassend ist es wichtig, Zahlen und Fakten zu analysieren und zu diskutieren, damit die Lernenden nach dem Austauschen, Vergleichen und Abwägen der Argumente ein reflektiertes Urteil unter Beachtung der tatsächlichen Verhältnisse in Europa und an anderen Orten fällen und die daraus gezogenen Schlüsse auf die Situation in Deutschland und die Alltagswelt anwenden können.

—“Zuwanderung kostet Deutschland doch nur Geld.”

Eine andere Annahme besteht darin, dass Zuwanderung — oft ohne weitere Differenzierung in Arbeits-, Flucht- oder Asylnmigration — eine zeitweilige oder andauernde Belastung für die Staatskasse bedeutet. Demgegenüber muss bedacht werden, dass Deutschland seit mehreren Jahrzehnten zu den Einwanderungsländern gehört, auch wenn diese Tatsache von der Politik lange Zeit ignoriert wurde, wie die Phasen der deutschen Ausländerpolitik unterstreichen (vgl. Geißler 2014: 271-273). Dabei kam es immer wieder zu deutlichen Schwankungen, Hochs und Tiefs bei der Zu- und Abwanderung prägen das Wanderungssaldo im Längsschnitt. Blickt man beispielsweise auf die Arbeitsmigration in der sog. Gastarbeiterphase (1950er Jahre bis zum Anwerbestopp 1973) wird deutlich, dass Deutschland von den Migranten profitierte, die hier Arbeitsstellen besetzten, Steuern zahlten und konsumierten. In diesem Kontext lässt sich an die aktuelle politische Debatte um die Vorteile, welche die Zuwanderung mit Blick auf den demografischen Wandel bringen kann, anknüpfen (vgl. Brücker 2013). Dies betrifft vor allem Hochqualifizierte und Personen in Mangelberufen, aber auch junge Flüchtlinge und Asylsuchende, die leere Ausbildungsstellen besetzen. Außerdem wurde 2014 der Zugang zum Arbeitsmarkt für bestimmte Gruppen erleichtert. In diesem Kontext muss aus moralischer Sicht jedoch thematisiert werden, dass sich in den genannten Argumenten eine stark ökonomisch orientierte Sichtweise widerspiegelt, weil zwischen guter und schlechter bzw. gewinn- und verlustbringender Zuwanderung unterschieden wird, ohne dass humanitäre Gründe eine besondere Rolle spielen. Eine Zuspitzung auf die Frage allein, ob Zuwanderung Deutschland nutzt, greift hier also zu kurz. Vielmehr müssen der Auffassung, dass Flüchtlinge und Asylsuchende keinen oder nur einen verminderten Anspruch auf Unterstützung haben, der Verfassungsrang des Asylrechts laut Art. 16a GG und die Bestimmungen der Genfer Flüchtlingskonvention gegenüber gestellt werden.

Zusammenfassend ist es notwendig, dass die Lernenden verstehen, dass Politik und Bürger Flucht und Asyl aus humanitären wie völkerrechtlichen Gründen nicht einfach ignorieren können. Auch wenn die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden die Staatskasse belastet, darf es nicht um eine Kosten-Nutzen-Rechnung gehen, wenn die Menschenwürde als oberstes Gut angesehen wird, das deutsche Staatsbürger oder EU-Bürger für ganz selbstverständlich halten. An dieser Stelle kommt der Perspektivenwechsel besonders zum Tragen, denn nur, weil das eigene Leben in einem europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts gewährleistet ist, heißt das nicht, dass andere Menschen darauf keinen Anspruch erheben dürfen — sonst wären sie ja Menschen zweiter Klasse.

— “Das sind doch nur Wirtschaftsflüchtlinge.”

Es steht außer Frage, dass keine absolut verlässlichen Zahlen hinsichtlich der Beweggründe für Flüchtlinge und Asylsuchende vorliegen. Es liegt auch auf der Hand, dass Flüchtlinge, die tatsächlich aus rein ökonomischen Motiven ihr Heimatland verlassen, dies mit aller Wahrscheinlichkeit nicht offen kundtun, sondern beim Aufgriff durch die Behörden und bei der Anhörung im Asylverfahren falsche Angaben machen, um die sofortige Abschiebung zu verhindern. Hinzu kommt die Tatsache, dass professionelle Schleuserorganisationen eine immer wichtigere Rolle für eine erfolgreiche Flucht spielen. Die Migrationsforschung bietet zu Ursachen und Folgen, Fluchtrouten und Schleusung eine Reihe von Erklärungsversuchen an (vgl. Scholz 2013). Der fehlende Beweis gilt aber auch für die andere Richtung: Ebenso wenig wie die Behauptung haltbar ist, dass die Flüchtlinge und Asylsuchenden nur aus wirtschaftlichen Gründen nach Europa oder Deutschland aufbrechen, kann einfach davon ausgegangen werden, dass die gemachten Angaben zur Situation im Heimatland generell nicht der Wahrheit entsprechen — das gilt nicht zuletzt für die zunehmende Zahl von unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen (vgl. im Folgenden Müller 2014). Entgegen der allgemeinen Wahrnehmung verließen viele Flüchtlinge aufgrund von Gewalt, Krieg oder Verfolgung ihr Heimatland und ihre Familie. Eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen die Gefahren bei der illegalen Einreise nach Europa sowie auf dem Weg dorthin. Flüchtlinge werden beispielsweise Opfer von Raub und Entführungen, erfrieren oder ertrinken beim Durchschwimmen von Grenzflüssen oder bei der Überfahrt über das Meer und ersticken in LKW-Containern — die Medien berichten in regelmäßigen Abständen von den menschlichen Tragödien vor den Toren Europas. Ob die Flüchtlinge und Asylsuchenden solche Strapazen allein aufgrund einer Verbesserung der ökonomischen Situation auf sich nehmen, bleibt zumindest diskussionswürdig. Hinzu kommt, dass in der Regel der Besitz, die Familie oder einzelne Familienmitglieder zurückgelassen werden, aber auch, dass auf der Flucht Trennungs- oder Todesfälle passieren.

Zusammenfassend spielt es eine entscheidende Rolle, dass die Lernenden die Beweggründe für Flucht aus dem Heimatland und Asylantragsstellung in Deutschland verstehen

und kein Pauschalurteil fällen. Es geht vor allem um die Vorstellung, dass alle oder der größte Teil der Migranten aus ökonomischen Motiven nach Europa kommen und Fluchtrouten und -gründe erfinden, um die Chance auf einen dauerhaften Verbleib zu erhöhen. Auch wenn es erwiesenermaßen Personen gibt, welche dieses Klischee erfüllen, fehlt der zuverlässige Beleg für den tatsächlichen Anteil dieser Gruppe.

— *“Die sind doch alle kriminell.”*

Ein weiterer Einwand bezieht sich auf die vermutete Gefahr für Sicherheit und Ordnung, die von Flüchtlingen und Asylsuchenden ausgeht. Diese Bedrohung stellt sich beim näheren Hinsehen jedoch als diffus heraus, weil sich Erzählungen, Erfahrungsberichte und Projektionen vermischen, so dass kein klares Bild mehr entsteht. Die Annahme, dass die Menschen in Deutschland, in einigen Städten oder Kommunen bereits jetzt oder in absehbarer Zeit nicht mehr sicher leben können, entbehrt aber jeder Grundlage. Demgegenüber steht, dass es keinen stichhaltigen Beweis dafür gibt, dass Flüchtlinge krimineller sind als deutsche Staatsangehörige (vgl. Sommer 2012, Walburg 2014). In den offiziellen Statistiken finden sich keine vergleichbaren Aussagen, da z. B. in der Polizeistatistik Tatverdächtige und keine Täter erfasst werden. Zudem werden Straftaten mitgezählt, die von Deutschen nicht begangen werden können wie z. B. Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz (AufenthG). Nichtsdestotrotz gibt es mehrere publik gewordene Fälle von Unterküften, in denen es zu Sachbeschädigung oder Übergriffen kam, z. B. in Hamburg oder Berlin. In diesem Kontext besteht die Gefahr, dass Einzelfälle aufgebauscht und stellvertretend für die Gruppe der Flüchtlinge und Asylsuchenden herangezogen werden.

Zusammenfassend gilt es darauf aufzupassen, dass die Lernenden Flüchtlinge und Asylsuchende nicht unter Generalverdacht stellen. Die Erfassung der sog. Ausländerkriminalität stellt ein komplexes Unterfangen dar, bei dem es aufgrund der Datenlage zu Verzerrungen kommt. Erst eine genaue Analyse der Statistiken hilft den Lernenden zu einem reflektierten Urteil und zeigt auf, dass es keinen verlässlichen Beleg dafür gibt, dass Migranten krimineller sind als deutsche Staatsangehörige.

Abschließende didaktische Überlegungen

Im Kontext von Flucht und Asyl geht es für die politische Bildung in erster Linie um Aufklärung und Prävention, um gegen aufkeimende Fremdenfeindlichkeit vorzugehen. Im Vordergrund stehen der Abbau von Vorurteilen und die Vermittlung von Wissen, wobei eindeutige Ressentiments aus der rechten Ecke nur eine der vielen Herausforderungen darstellt. Auch der vermeintlich salonfähig gewordene Populismus, der sich bisweilen in Aussagen von Politikern

widerspiegelt, die nicht dem rechten Rand zuzuordnen sind, macht deutlich, dass solches Gedankengut gefährlich für die Demokratie werden kann, wenn es unreflektiert von den Bürgern aufgenommen wird. Unversehens kann nämlich von Meinungsführern der Eindruck erweckt werden, dass Vorbehalte gegenüber Flüchtlingen und Asylsuchenden in der Bevölkerung auf breite Zustimmung stoßen. Dabei werden Informationen nicht selten bewusst einseitig präsentiert, um Drohkulissen aufzubauen. Ein probates Mittel bei der Bekämpfung von Stereotypen und Klischees ist — neben der Begegnung mit dem Fremden — das Heranziehen von Zahlen, Fakten und Statistiken, die Stammtischparolen so weit wie möglich die Grundlage entziehen.

Für das politische Lernen bietet es sich an, zunächst anhand eines aktuellen Falls in das Thema einzusteigen. Dazu eignet sich beispielsweise die geplante (hypothetische Situation) oder bereits erfolgte (reale Situation) Unterbringung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Wohnort oder in einer benachbarten Gemeinde bzw. Stadt. Für die Lehrkraft ist es wichtig, die für die Debatte charakteristischen Schlagworte aufzugreifen und anzusprechen, um die Botschaft, die sich hinter den Formulierungen verbirgt, für die Lernenden sichtbar zu machen. Die Lernenden können sich potentielle Standpunkte von Anwohnern, zivilgesellschaftlichen Initiativen oder Kommunalpolitikern überlegen und dabei auf die unterschiedliche Wahrnehmung der Flüchtlinge und Asylsuchenden als Bedrohung für die eigene Sicherheit, Bereicherung der Gemeinde bzw. Stadt eingehen. Diese Herangehensweise fördert bei den Lernenden die Fähigkeit zur Perspektivenübernahme, um den Blickwinkel verschiedener beteiligter Personen einzunehmen.

Neben den Gründen für Flucht und Asylantragstellung geht es jedoch auch um die Auswirkungen auf das gesellschaftliche und politische System der Bundesrepublik. Hier rücken Überlegungen wie die Belastung der öffentlichen Hand, aber auch das Potential, das in der Zuwanderung mit Blick auf die demografische Entwicklung steckt, in den Mittelpunkt. An dieser Stelle erscheint es sinnvoll, verschiedene Argumente an der Tafel festzuhalten, um darauf später Bezug nehmen zu können.

Als nächster Schritt bietet sich eine Gruppenarbeit anhand der exemplarischen oder anderslautenden Thesen an, die an verschiedene Gruppen verteilt werden. Innerhalb eines festgelegten Zeitraums können die Lernenden dann gemeinsam über die Thesen diskutieren, Argumente sammeln, die dafür oder dagegen sprechen und sich — wenn nötig — darüber noch weiter informieren. Dies kann auf verschiedenen Wegen geschehen: Die Lehrkraft kann Statistiken austeilen oder den Lernenden erlauben, selbstständig im Internet zu recherchieren (vom Besitz von Smartphones wird ausgegangen). Nach der Gruppenarbeit stellt ein Mitglied der Gruppen die Ergebnisse vor, die ebenfalls an der Tafel festgehalten werden. Nun haben die Lernenden eine umfassende Übersicht zu Pro- und Contra-Argumenten mit Blick auf Flucht und Asyl als gesellschaftliche und politische Herausforderung. Auf Basis der Argumente können sie sich ein abschließendes Urteil bilden und in Zukunft wohlüberlegt und begründet Stellung in der Öffentlichkeit dazu nehmen.

Ausgewählte Links zum Thema (Stand August 2015)

www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/Forschungsberichte/fb19-warum-deutschland.html
 www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Publikationen/EMN/Nationale-Studien-WorkingPaper/emn-wp60-minderjaehrig-in-deutschland.html
 www.bpb.de/politik/innenpolitik/innere-sicherheit/76639/auslaenderkriminalitaet
 http://mediendienst-integration.de/fileadmin/Dateien/Gutachten_Kriminalitaet_Migration_Walburg.pdf
 www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/
 www.destatis.de/Europa/DE/Thema/BevoelkerungSoziales/Bevoelkerung/Bevoelkerung.html
 http://de.statista.com/infografik/2036/asylantraege-in-europa/

Literatur

Brücker, Herbert (2013): Auswirkungen der Einwanderung auf Arbeitsmarkt und Sozialstaat. Neue Erkenntnisse und Schlussfolgerungen für die Einwanderungspolitik, Bertelsmann Stiftung
 Europäische Union (2014): Das Gemeinsame Europäische Asylsystem, Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, Luxemburg
 Eurostat (2015): Bevölkerung, Statistisches Bundesamt, Quelle s. Links
 Geißler, Rainer (2014): Die Sozialstruktur Deutschlands, 7. Aufl., Springer Verlag
 Müller, Andreas (2014): Unbegleitete Minderjährige in Deutschland, Working Paper 60 des Forschungszentrums des Bundesamtes. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

Pro Asyl (2014): Themen: Zahlen und Fakten 2014, Quelle s. Links
 Scholz, Antonia (2013): Warum Deutschland? Einflussfaktoren bei der Zielstaatssuche von Asylbewerbern. Forschungsbericht 19. Nürnberg: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
 Sommer, Ilka (2012): "Ausländerkriminalität" — statistische Daten und soziale Wirklichkeit, Dossier: Innere Sicherheit auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung
 Walburg, Christian (2014): Migration und Jugenddelinquenz — Mythen und Zusammenhänge. Ein Gutachten im Auftrag des Mediendienstes Integration, Berlin

Michael Görtler ist Referent für politische Bildung sowie Lehrbeauftragter für Didaktik der politischen Bildung an den Universitäten Bamberg und Bayreuth.

Ingo Klüsserath

Projektkurse als Möglichkeit zur Entwicklung von Handlungskompetenzen am Beispiel einer Bürgeraktion

Oftmals fokussiert sich Unterricht auf die kognitive Ebene und immer wieder stellt sich dabei das Problem, wie der Bogen zur Handlungskompetenz gespannt werden kann. Ist es nicht auch gleichermaßen legitim, über das Soziale Zugänge zum Politischen zu ermöglichen, um "Brücken" (Reinhardt 2009) zu schlagen? Ist dies zielführend und verspricht es nachhaltigen Lernerfolg? Wenn ja — unter welchen Bedingungen?

Im Rahmen eines Projektkurses der Qualifikationsphase wurde von acht Schülerinnen des Clara-Schumann-Gymnasiums Dülken eine Bürgeraktion im Rahmen europäischer Flüchtlingspolitik durchgeführt. Die Grundintention bestand darin, einen bürgerschaftlichen Beitrag zur Integration zu leisten.

Wir sind acht motivierte Schüler/innen vom Clara-Schumann-Gymnasium Dülken, die zurzeit die Jahrgangsstufe Q1 besuchen und seit diesem Halbjahr auch den Projektkurs „Nachhaltigkeit europäischer Flüchtlingspolitik im Kreis Viersen - eine Bürgeraktion“.

Wir wissen, wie man mit Menschen umgeht, die unsere Sprache (noch) nicht gut beherrschen, weil wir z.T. selber aus solchen Situationen eigene Erfahrungen mitbringen.

Wir sind zuverlässig und hilfsbereit.

Wir wollen uns ehrenamtlich engagieren.

Unsere Treffen finden i.d.R. donnerstags in unserer Schule statt.